

8. Verbesserung der Transparenz zum «Individuellen Konto» (IK) bei der Ausgleichskasse

Einzelinitiative Nicolas Helm, Kilchberg, vom 31. März 2026

KR-Nr. 136/2026

Ratspräsident Beat Habegger: Eintreten auf Einzelinitiativen ist obligatorisch. Gemäss Paragraf 139 des Gesetzes über die politischen Rechte ist festzustellen, ob die vorliegende Einzelinitiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird.

Wird das Wort zur vorläufigen Unterstützung der Einzelinitiative gewünscht?

Brigitte Röögli (SP, Illnau-Effretikon): Sehr geehrter Herr Helm, herzlichen Dank für das Einreichen dieser Einzelinitiative. Die Sozialversicherungen im Blick zu haben und nichts zu verpassen, ist oft eine grosse Herausforderung. Vor allem bei Menschen, welche beruflich Unterbrüche hatten oder wegen Auslandsaufenthalten, Studium oder anderen privaten Gründen, aus denen jemand kein Einkommen generieren konnte und keine AHV bezahlt hatte, können Beitragslücken entstehen. Diese können zu Rentenkürzungen führen, deshalb ist es sinnvoll, sich über sein eigenes individuelles Konto zu informieren. Zum Glück wurde ich von meinen Eltern früh darauf hingewiesen, dass man jedes Jahr AHV zahlen musste. Das habe ich erlebt, als ich als junge Frau auf Reisen war und dann schön geschaut habe, dass ich AHV einzahle. Wer sich als junger Mensch nicht genügend um die Altersrente kümmert, geht ein grösseres Risiko ein, später Ergänzungsleistungen beantragen zu müssen. Und diese Ergänzungsleistungen belasten uns dann wieder als Gesellschaft. Also von dem her ist es sinnvoll, dass Menschen wissen, wo sie mit den Renten stehen.

Heute müssen wir nachfragen und uns um diesen Auszug kümmern. Bei der Pensionskasse und bei der Bank ist es üblich, dass ich über den Stand meiner Zahlungen informiert werde, und nur bei der AHV ist das nicht so. Deshalb macht es Sinn, das zu prüfen. Vielleicht muss es nicht jedes Jahr sein, aber dass ab und zu das Bewusstsein für die Bevölkerung da ist: «Ich habe eine AHV und ich habe diesen Stand und ich sehe jetzt, dass ich dort eine Lücke habe, ich könnte da noch etwas nachzahlen.»

Und von dem her ist die SP überzeugt, dass das eine gute Einzelinitiative ist, ein guter Hinweis ist, und deshalb werden wir sie unterstützen.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Das Individuelle Konto, IK, ist die Grundlage für die Rentenberechnung. Der Kontoauszug wird auf Verlangen ausgestellt und ist kostenlos. So ist die bestehende Gesetzgebung. Die Ausgleichskasse empfiehlt, einen IK-Auszug alle drei bis vier Jahre zu beantragen, das muss aber jeder selber wissen. Wenn er keinen Jobwechsel gehabt hat, also an der gleichen Stelle arbeitet, dann ist das vielleicht nicht nötig.

Die Einzelinitiative rückt das Thema Altersvorsorge ins Bewusstsein der Bevölkerung, und das ist gut so. Es liegt in der Eigenverantwortung, sich um seine Altersvorsorge zu kümmern. Alle nötigen Informationen sind auf Verlangen erhältlich, sofern dies erwünscht ist oder auch zur Kontrolle der Lohndeklaration zum Beispiel benötigt wird. Aber nur das Wissen um eine Beitragslücke ermöglicht es nicht, die Nachzahlungen in der Frist auch zu tätigen.

Die SVP-Fraktion wird die Einzelinitiative nicht unterstützen, kann sich aber eine einfache Information bei bestehenden Beitragslücken durchaus vorstellen. Wir werden nicht unterstützen.

Stephan Hegetschweiler (GLP, Zürich): Ich bin sehr erfreut, für einmal eine Einzelinitiative eines engagierten ETH-Studenten bearbeiten zu dürfen. Bemerkenswert finde ich die sehr grosse Weitsicht von Ihnen, Herr Helm. Noch am Beginn der Karriere, aber trotzdem kümmern Sie sich bereits um Themen, die am Ende Ihrer Karriere liegen. Unsere Fraktion hat grundsätzlich Sympathien für Ihr nachvollziehbares Anliegen für ein besseres Informieren der SVA (*Sozialversicherungsanstalt*) gegenüber deren Kunden. Vor kurzem wurde eine ähnliche Initiative vom Kantonsrat behandelt, die gewisse Dinge automatisiert fordert und so ähnliche Fragestellungen hat, wo jedoch die Lösungen noch erarbeitet werden müssen. Der Verbesserungsbedarf wurde bei der SVA erkannt, und so kann man festhalten, dass sie bestrebt ist, Verbesserungen zu erzielen. Ein zusätzliches Geschäft im Kantonsrat zu lancieren, sehen wir aktuell nicht als opportun.

Die GLP-Fraktion unterstützt die Einzelinitiative vorläufig nicht, möchte sich jedoch bei Herrn Helm herzlich für das Engagement bedanken.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Lieber Herr Helm, auch von meiner Seite vielen Dank für das Aufgreifen dieses wichtigen Themas. Ich habe es zum Anlass genommen, selbst mal wieder so einen Auszug zu verlangen. Ich muss eingestehen, ich hatte das schon lange nicht mehr gemacht, und ich habe festgestellt: Das Prozedere geht einigermaßen schmerzfrei. Man findet online das Formular, man muss es auch nicht bei allen Kassen einzeln einfordern. Aber nur schon die Tatsache, dass man es eben proaktiv einfordern muss, stellt ein Hindernis dar. Und eben, man kann ja nur fünf Jahre zurückliegend Lücken schliessen, und es passiert halt schon leicht unbemerkt, dass man eine Lücke hat, sei das, weil man in mehreren sehr tiefen Pensen gearbeitet hat und das darum gar nicht bemerkt, sei es auch, dass vielleicht ein Arbeitgeber nicht korrekt gezahlt hat. Also ich hatte mich auch das letzte Mal im Studium damit befasst, als ich einen Temporär-Job hatte und sehr dubiose Lohnabrechnungen bekommen hatte, oder eben, man ist in einer Ausbildung. Darum sind auch wir Grünen dafür, dass man regelmässig einen solchen Auszug aktiv zugesandt bekommt und dann Lücken bemerkt und diese schliessen kann. Es geht eben nicht nur mit Eigenverantwortung, diesem vielbesungenen Wort. Wir kennen das ja auch aus anderen Kontexten. Bei der zweiten Säule kriege ich regelmässig einen Auszug zugesandt, wo drinsteht: Wo stehe ich? Was ist meine prognostizierte Rente? Wie kann ich vielleicht noch das Modell wechseln und das sogar erhöhen? Und es ist sinnvoll, dass man das bei einer

Versicherung macht, die ja für alle Menschen da ist. Die erste Säule, die AHV, ist ja für die ganze Bevölkerung. Es wäre natürlich noch sinnvoller, wenn man auf Bundesebene das ganze System ändern würde. Das können wir im Kanton Zürich nicht, aber wir können einen wichtigen ersten Schritt gehen und mit Transparenz einen Anfang schaffen, damit alle Versicherten besser informiert sind und dann auch die Möglichkeit haben, bei allfälligen Lücken zu reagieren. Die Grünen unterstützen diese Initiative.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Die EVP anerkennt das Anliegen dieser Initiative. Mehr Transparenz in der Altersvorsorge ist wichtig. Gerade Beitragslücken können erhebliche Auswirkungen auf spätere Renten haben, und es ist sinnvoll, die Bevölkerung darauf und dafür zu sensibilisieren. Trotzdem lehnt die EVP diese Initiative ab, ich nenne Ihnen auch hier vier Gründe:

Erstens: Der vorgeschlagene Weg ist unverhältnismässig. Ein automatischer Versand an alle Versicherten, unabhängig davon, ob ein Bedarf besteht oder nicht, führt zu einem riesigen administrativen und finanziellen Mehraufwand. Selbst bei elektronischer Zustellung bleibt die Umsetzung komplex, insbesondere, wenn gleichzeitig auch noch postalischer Zugang sichergestellt werden soll. Der Nutzen steht in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den Kosten.

Zweitens: Die Initiative ist zu wenig zielgerichtet. Das Problem ist ja nicht in erster Linie der fehlende Versand, sondern das fehlende Bewusstsein, und hier müsste man ansetzen. Heute besteht bereits die Möglichkeit, unkompliziert einen IK-Auszug zu bestellen. Statt pauschal alle zu bedienen, sollte gezielter informiert werden, etwa durch Aufklärungskampagnen oder durch Hinweise zu entscheidenden Lebensphasen wie Berufseintritt, Studienabschluss oder Familiengründung.

Drittens: Die Initiative geht über die kantonale Zuständigkeit hinaus. Die Altersvorsorge und ihre Systeme sind national organisiert. Einzelne kantonale Lösungen schaffen zusätzliche Komplexität, ohne dass das Grundproblem nachhaltig gelöst wird; denken wir an einen Kantonswechsel. Wenn Handlungsbedarf besteht, dann auf Bundesebene, koordiniert und einheitlich geregelt.

Und viertens: Mehr Information bedeutet nicht automatisch bessere Information und schon gar nicht besser informiert sein. Ein regelmässiger Versand kann nämlich auch zu einer Informationsflut führen, die am Ende genau das Gegenteil bewirkt, nämlich dass wichtige Inhalte noch weniger Beachtung finden.

Die EVP setzt deshalb auf einen Ansatz gezielter Informationen, klarer Verantwortung und verhältnismässiger Lösungen. Wir wollen, dass Menschen ihre Vorsorge verstehen, aber ohne unnötige und grossflächige Bürokratie und ohne teure Automatismen. Deshalb lehnt die EVP diese Einzelinitiative ab.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Die Fraktion der Alternativen Liste wird dieser Einzelinitiative aus grundsätzlichen Überlegungen heraus zustimmen. Wir sehen zwar den Punkt, dass ein gewisses Mass an Eigenverantwortung durchaus gegeben sein sollte, jedoch müssen wir diesbezüglich nicht unnötige Hürden schaffen. Es gibt genügend Leute, die die Funktionsweise der Sozialversicherungen nicht so im Detail kennen. Die Existenz des Individuellen Kontos war zumindest nach

meinem Erinnerungsvermögen auch nicht Teil des Schulunterrichts, sondern einfach das allgemeine Funktionieren der Funktionsweise der AV oder der drei Säulen. Jedoch setzt dies auch voraus, dass man selbst die Funktionsweise dieses Individuellen Kontos und beispielsweise auch die Möglichkeit kennt, dass ein Arbeitgeber trotz des Ausweisens dieser Abzüge im Lohnausweis diese einfach nicht überweisen kann und dies dann nicht auffällt. Dies setzt schon einmal ein massgebliches Misstrauen gegenüber den eigenen Lohnauszügen und auch des Arbeitgebers voraus. Oder auch die Möglichkeit, dass man in die AHV selbstständig einzahlen kann, ist wohl nicht jedem von Anfang an bekannt. Auch wenn man das alles grundsätzlich kennen sollte, ist dem in der Realität halt schlichtweg nicht so. Diese Annahme ist schon eine ziemlich politisch privilegierte Ansicht, da ich denke, dass wer in der Politik tätig ist, schon überdurchschnittlich gut informiert ist. Und doch sind gleichzeitig die Auswirkungen, falls man sich dessen nicht bewusst ist, viel zu gross. Und der administrative Aufwand ist aus Sicht der AL auch sehr überschaubar, insbesondere da wir erwarten, dass die entsprechenden Unterlagen digital schnell aufbereitbar sind. Oder wir könnten es auch umkehren: Ich glaube, hier drin würde keiner finden, ja, die ganzen Krankenversicherungskosten und so weiter, die sollte man auch nur quasi auf Verlangen erhalten und ansonsten sollte man blind darauf vertrauen, dass alles korrekt ist. Auch hier erhält man solche Unterlagen selbstverständlich zugestellt, und ich denke, bei der Pensionskasse ist das auch so.

Selbstverständlich sind wir uns auch bewusst, dass wir hier auf einer falschen politischen Ebene sind und dies eigentlich auf der Bundesebene zu lösen wäre. Sympathisch ist die in der Einzelinitiative enthaltene Bitte, dass der Ratspräsident persönlich vorstellig werden sollte. Sie ist vielleicht eher speziell, aber vielleicht hilft ja auch ein ungewöhnliches Vorgehen, hier eine Verbesserung zu erzielen. Wie bereits gesagt, die AL wird diese Einzelinitiative unterstützen.

Ratspräsident Beat Habegger: Statt meines persönlichen Vorstellig-Werdens stimmen wir jetzt einfach mal über diese Initiative ab (*Heiterkeit*).

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative KR-Nr. 136/2026 stimmen 56 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht worden. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.